

„Flüchtlinge sind ein Blitzableiter“

Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge macht Abstiegsängste in der unteren Mittelschicht für die Wahlerfolge der AfD verantwortlich. Deutschland brauche deshalb eine sozialpolitische Großoffensive.

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen/Köln. Wer wählt die AfD? Sind die jüngsten Erfolge der Rechtspopulisten bei Wahlen und Umfragen mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung hinreichend erklärt? Ein Gespräch mit dem Kölner Politikwissenschaftler **Christoph Butterwegge**.

Herr Butterwegge, sind wirtschaftlich schwache Menschen besonders anfällig für rechtspopulistische Parolen?

Butterwegge: Anfällig sind weniger die Armen. Eher lassen sich Menschen aus der unteren Mittelschicht von solchen Parolen beeindrucken. Sie fürchten sich vor Armut und sozialem Abstieg. Für ihre Ängste haben sie mit den Flüchtlingen jetzt eine Projektionsfläche und einen Blitzableiter gefunden. Die Schutzsuchenden werden von ihnen zu Sündenböcken gemacht.

Viele Arbeitslose und Geringverdiener haben bei den jüngsten Landtagswahlen für die AfD gestimmt.

Butterwegge: Die gibt es tatsächlich auch – vor allem in den Teilen Ostdeutschlands, wo große Strukturprobleme bestehen und die SPD fast auf Sektengröße geschrumpft ist. Im Kleinbürgertum existiert jedoch eine viel stärkere historische Tradition, sich in Krisen- und Umbruchzeiten nach rechts zu wenden. Schauen wir auf das Ende der Weimarer Republik und die Weltwirtschaftskrise: Die Wähler der Nazis waren damals vor allem Selbstständige, Freiberufler und Handwerker, die etwas zu verlieren hatten. Ganz ähnlich sieht heute auch die soziale Zusammensetzung der AfD-Anhänger aus.

Sie sehen Parallelen zur Weimarer Republik?

Butterwegge: Natürlich will ich die Zustände nicht gleichsetzen. Deutschland ist heute ökonomisch in einer sehr viel besseren Lage als in den frühen 30er Jahren. Von der damaligen Massenarbeitslosigkeit und -armut sind wir zum Glück weit entfernt. Aber Parallelen gibt es in Bezug auf die in der Mittelschicht herrschenden Abstiegsängste.

Warum lassen Menschen, die solche Ängste haben, ihre Wut immer wieder an Schwächeren aus, heute also an Flüchtlingen?

Butterwegge: Für sie gibt es zwei Möglichkeiten, ihre Ängste zu verarbeiten. Sie könnten sich gegen die Reichen wenden. Aber das sind halt auch die Mächtigen. Wer gegen sie rebellieren will, braucht Mut. Nach unten auszuteilen ist deutlich einfacher. Denn Schwache, etwa Flüchtlinge, können sich kaum wehren. Zudem fühlt sich offenbar mancher besser, wenn er auf andere herabsehen kann. Es handelt sich um die Radfahrermethode, nach unten zu treten und nach oben zu buckeln. Der AfD und den dafür anfälligen Zeitgenossen hat Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ schon vor Jahren das Feld bereitet.

Wie kann die Politik diesen Menschen denn die Angst davor nehmen, dass sie wegen der Flüchtlinge etwas verlieren könnten?

Butterwegge: Indem sie eine sozialpolitische Großoffensive startet. Wir stehen heute nämlich keineswegs vor einer Flüchtlingskrise, auch wenn das ständig behauptet wird. Unser Problem ist vielmehr eine Vorsorge- und Versorgungskrise.

Das müssen Sie erklären.

Butterwegge: Bei der öffentlichen Daseinsvorsorge liegt schon seit geraumer Zeit vieles im Argen. Jahrelang wurde die soziale Bildungsinfrastruktur vernachlässigt. Nicht erst seit mehr Flüchtlingskinder nach Deutschland gekommen sind, gibt es deshalb an unseren Schulen viel zu wenige Lehrer und viel zu große Klassen. Auch die Arbeitsmarktpolitik ist seit der Hartz-Reform immer stärker zurückgefahren worden. Früher wurde deutlich mehr Geld für die berufliche Qualifizierung ausgegeben, um Menschen in Arbeit und Brot zu bringen. Heute ist angeblich keines mehr dafür da. Das hat ebenfalls nichts mit dem Zuzug von Flüchtlingen zu tun. Vielmehr sind diese Defizite die Folge einer Politik, die auf eine „schwarze Null“ im Haushalt starrt, sich einer selbst angezogenen Schuldenbremse unterwirft und Wohlhabende und Reiche steuerlich extrem begünstigt. Der Zuzug von Flüchtlingen sollte den Menschen die Augen öffnen und sie begreifen lassen, dass Deutschland unter dem Gegensatz zwischen Oben und Unten leidet, also der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich. Stattdessen wird ein Innen-außen-Gegensatz konstruiert. Das eigentliche Problem sind jedoch deutsche Wirtschaftsflüchtlinge, die ihr Geld nach Panama oder in andere Steueroasen schaffen. Davon lenkt die AfD ab, indem sie Hass auf Flüchtlinge schürt.

Demnach war der Vorstoß von SPD-Chef Sigmar Gabriel richtig, einen Solidarpakt aufzulegen, der soziale Verbesserungen für alle Bedürftigen bringen soll?

Butterwegge: Zuerst hat Gabriel nur von einem „Sozialpaket für Deutsche“ gesprochen. Damit kam ein fataler Zungenschlag in die Debatte, weil der falsche Eindruck entstehen konnte, in Deutschland werde für Flüchtlinge mehr getan als für Einheimische. Zwar brauchen wir eine großzügigere Sozialpolitik, aber sie darf nicht nach Herkunft, Hautfarbe oder Aufenthaltsstatus unterscheiden. Deshalb ist beispielsweise der Beschluss der Koalition richtig, die Finanzmittel für den Bau von Sozialwohnungen aufzustocken, dieses Sonderprogramm jedoch nicht für Geflüchtete, sondern für alle Einwohner aufzulegen. Wer der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge das Wasser abgraben will, muss die sozialen Konflikte in unserer Gesellschaft lindern.

Die Bundesregierung will statt 500 Millionen nun eine Milliarde Euro für den Sozialen Wohnungsbau ausgeben. Reicht das angesichts der großen Wohnungsnot in den Ballungsräumen? Reagiert die Koalition in ihren Haushaltsplanungen angemessen auf die beschriebenen Probleme und die große Aufgabe der Flüchtlingsintegration?

Butterwegge: Nein, die angekündigten Finanzmittel für den Sozialen Wohnungsbau sind viel zu gering. Generell sollte die Bundesregierung jetzt ein öffentliches Investitionsprogramm in zweistelliger Milliardenhöhe auflegen. Das brächte einen Konjunkturschub für die deutsche Wirtschaft, deren Wachstum momentan ja eher bescheiden ausfällt. Zudem könnte die Bundesregierung den Binnenmarkt durch eine Steigerung der Massenkaufkraft ankurbeln. Etwa durch Anhebung der finanziellen Zuwendungen für Asylbewerber auf das Niveau der Leistungen für Hartz-IV-Bezieher. Finanzminister Wolfgang Schäuble verspielt gerade diese Chance, weil er im Haushalt weiter am Mythos der „schwarzen Null“ festhält.

Wir leben in einer zunehmend globalisierten Welt. Müssen wir uns in Europa deshalb dauerhaft auf eine hohe Zuwanderung einstellen?

Butterwegge: Ja, wir müssen Migration als etwas völlig Normales begreifen. Das Wandern von Menschen über nationalstaatliche Grenzen ist konstitutiver Bestandteil einer neuen, globalen Weltordnung. Dabei darf nicht nach der ökonomischen Verwertbarkeit dieser Menschen gefragt werden. Genauso wenig wie Migranten eine Bedrohung sind, genau so wenig dürfen wir sie als Bereicherung oder nützliches „Humankapital“ betrachten.

Butterwegge referiert am **Samstag in Aachen**

Christoph Butterwegge ist Rechtsextremismus- und Armutsforscher an der Universität Köln. Sein neuestes Buch „Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition“ ist soeben erschienen. Am kommenden Samstag, 9. April, referiert er auf der Tagung „Flucht! – Die Herausforderung bewältigen. Jetzt“ in Aachen. Veranstaltungsort ist das Haus der Evangelischen Kirche an der Frère-Roger-Straße 8-10. Mit ihm tritt dort Ulrich Frey von der Plattform Zivile Konfliktberatung auf. Er referiert über die aktuelle Situation in Syrien. Nach den Vorträgen gibt es eine Diskussion. Die Veranstaltung beginnt um 14.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 8 Euro (ermäßigt 5 Euro).

„Wir müssen Migration als etwas völlig Normales begreifen.“

Christoph Butterwegge

06.04.2016 / Aachener Nachrichten - Stadtausgabe / Seite 2 / Blickpunkt

[//epaper.zeitungsverlag-aachen.de/2.0/#/read/an-a1/20160406?page=1&article=390460185]